

Gesellschaftliche Spaltung und Umverteilung. Wie steht es um die Solidarität der Österreicher*innen?

Wolfgang Aschauer

Markus Kreuzberger

Blickt man auf aktuelle Wahrnehmungen zur gesellschaftlichen Spaltung in Österreich, so hat sich diese aus Sicht der Österreicher*innen in der Pandemie nur bedingt vertieft. Durch die aktuelle Betonung der Konflikte zwischen Geimpften und Ungeimpften dürften klassische Spaltungslinien wie beispielsweise zwischen Arm und Reich oder zwischen gebürtigen Österreicher*innen und jenen mit Migrationshintergrund, in den Hintergrund treten. Das Bedürfnis nach Umverteilung und nach einem Ausgleich zwischen gesellschaftlichen Schichten bleibt jedoch in Österreich unverändert hoch. Mehrheitlich werden auch eine Reduktion globaler Ungleichheiten und mehr Lebenschancen für ärmere Personen aus dem globalen Süden gefordert. Es zeigt sich jedoch insgesamt, dass die Wünsche nach Umverteilung und die wahrgenommene Realität deutlich auseinanderdriften und dass Präferenzen nach Umverteilung höchst ungleich zwischen sozialen Gruppen in Österreich verteilt sind.

Zunehmende Spaltungsprozesse in westlichen Gesellschaften werden bereits seit vielen Jahren von namhaften Soziolog*innen diagnostiziert¹, wobei das Thema der gesellschaftlichen Polarisierung durch die gegenwärtige Pandemie noch deutlich an Schärfe gewinnt. In diesem Beitrag gehen wir der Frage nach, ob sich die Spaltungslinien in der österreichischen Gesellschaft während der Pandemie verschärft haben und wie es generell um die Solidarität mit verschiedenen sozialen Gruppen in Österreich sowie mit Menschen aus anderen Ländern bestellt ist. Um festzustellen, wie das Verhältnis zwischen verschiedenen sozialen Gruppen wahrgenommen wird, wurde im *Sozialen Survey Österreich (SSÖ)* aus dem Jahr 2021 gefragt, ob zwischen Arm und Reich, zwischen Jung und Alt, der Arbeiterschicht und dem Mittelstand, zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen sowie zwischen Einheimischen und Migrant*innen starke Konflikte bestehen. Die SSÖ Erhebung wurde in einer ruhigeren Phase der Pandemie im Frühsommer 2021 durchgeführt, deshalb sollen die Ergebnisse zusätzlich mit zwei Erhebungen des *Austrian Corona Panel Projekts (ACCP)*² (April 2020 und September 2021) verglichen werden.

¹ Z.B. für Deutschland, Lessenich, S., & Nullmeier, F. (Hrsg.) (2006). *Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Campus oder für Österreich Bacher, J. (2017). Polarisierungstendenzen in Österreich? Ergebnisse einer latenten Klassenanalyse der Einstellungen zur Immigration. In: F. Altenburg et al. (Hrsg.). *Migration und Globalisierung in Zeiten des Umbruchs: Festschrift für Gudrun Biffl*, Krems: Donau-Universität, 379-397.

² Im Austrian Corona Panel Projekt wurden anfangs im Wochenrhythmus und später im Monatsrhythmus jeweils rund 1500 Personen befragt, es handelt sich um eine weitgehend repräsentative Umfrage der onlineaffinen Bevölkerung in Österreich. Für nähere Informationen siehe <https://viecer.univie.ac.at/en/projects-and-cooperations/austrian-corona-panel-project/>.

Tatsächlich zeigen die Daten des ACPP im Zeitvergleich, dass sich die gesellschaftliche Spaltung in Österreich während der Pandemie weiter vertieft haben dürfte: Wie in Abbildung 1 dargestellt, nehmen mittlerweile knapp 60 Prozent der Befragten des Corona-Panels starke oder sehr starke Konflikte zwischen Arm und Reich wahr, während der Wert in der Phase des ersten Lockdowns noch bei 48 Prozent lag. Konflikte zwischen Arbeiter*innen und dem Mittelstand werden konstant deutlich geringer bewertet, auch die Spannungen zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen sind in Österreich nicht allzu hoch ausgeprägt. Während rund ein Drittel der Befragten von Konflikten zwischen Generationen ausgeht, sind die Spannungen zwischen Einheimischen und Zugewanderten im Vergleich zu den anderen Fragen am höchsten. Hier geben fast drei Viertel der Befragten starke Konflikte an. Der im ACPP von September 2021 zusätzlich erhobene Indikator zur Spaltung zwischen Geimpften und Ungeimpften zeigt aber, dass dieser Konflikt die anderen Spaltungslinien aktuell überstrahlt, weil knapp 80% der Befragten hier starke Auseinandersetzungen befürchten.

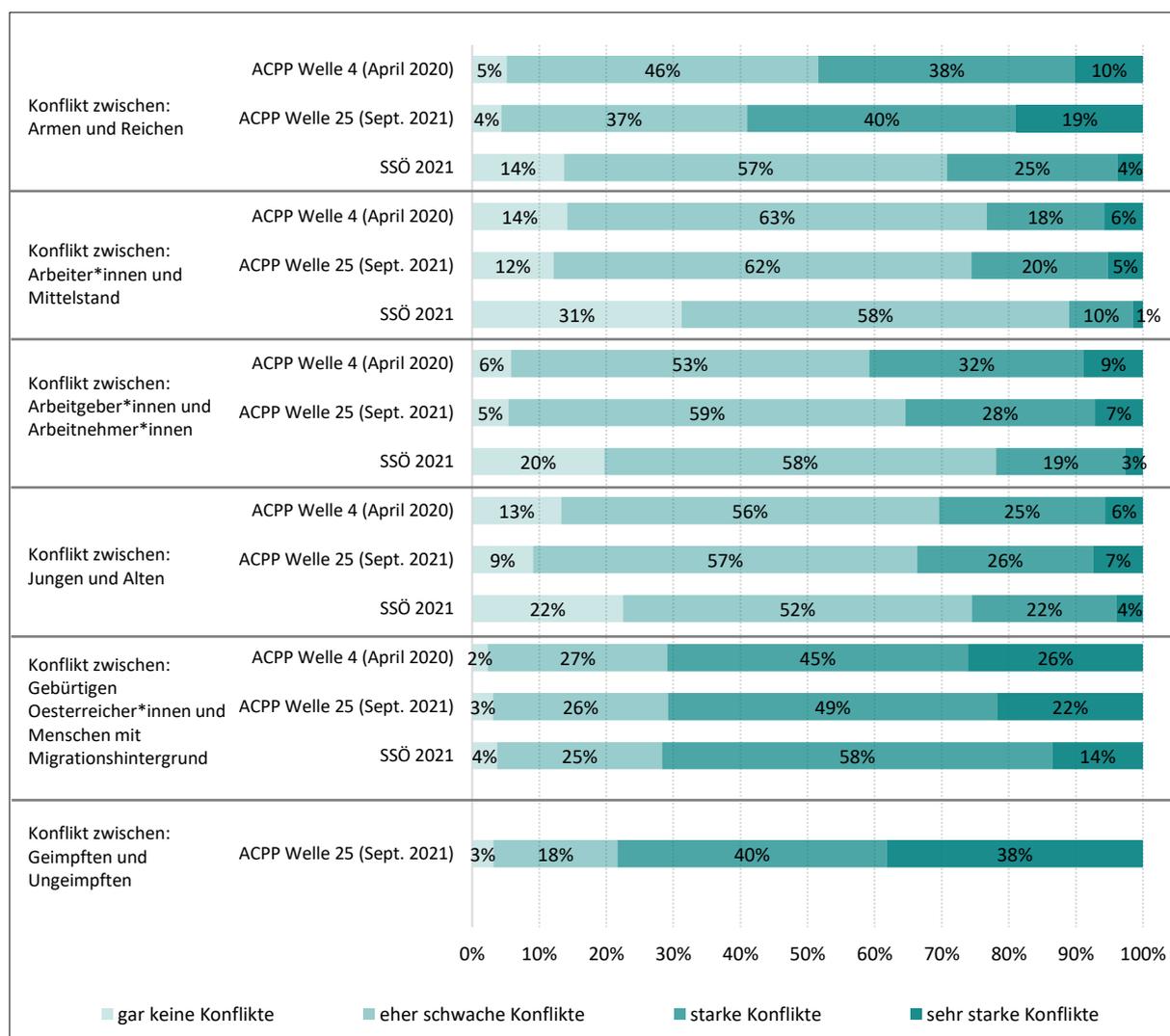


Abbildung 1: Wahrnehmung gesellschaftlicher Konflikte in Österreich

Anmerkungen: Daten des SSÖ 2021 und des ACPP-Projekts im Vergleich.

Datenquellen: ACPP Welle 4, April 2020 (n >= 1.375); ACPP Welle 25, September 2021 (n >= 1.340); SSÖ, April-August 2021 (n >= 1.219).

Erwähnenswert ist auch, dass sich die Daten des SSÖ 2021 deutlich von den Ergebnissen des ACPP unterscheiden.³ So nehmen in der – für Österreich repräsentativen – SSÖ Umfrage nur rund 30 Prozent der Befragten starke oder sehr starke Konflikte zwischen Arm und Reich wahr, während überhaupt nur jede*r Zehnte Konflikte zwischen Arbeiter*innen und dem Mittelstand und nur knapp ein Viertel der Befragten Spannungen zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen als relevant erachtet. Einzig bei Konflikten zwischen Alt und Jung sowie zwischen Migrant*innen und Einheimischen nähern sich die Ergebnisse wieder stärker jenen des ACPP an. Während Generationenkonflikte tatsächlich niedrig ausfallen, erreichen die Auseinandersetzungen rund um kulturelle Identität und Migration erneut eine deutlich höhere gesellschaftliche Brisanz.

Eine Erklärung, warum die Konfliktwahrnehmungen zwischen weniger und höher privilegierten Bevölkerungsschichten sowie zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen in Österreich eher überschaubar bleiben, liegt sicherlich am starken österreichischen Wohlfahrtsstaat, der nach wie vor in der Lage ist, Armutsrisiken für breite Bevölkerungsgruppen wirkungsvoll abzufedern.⁴

Die hohe Wertschätzung des Wohlfahrtsstaates und der Sozialpartnerschaft⁵ äußert sich in einer starken Präferenz für Umverteilung, die in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern traditionell hoch ausgeprägt ist.⁶ Wie in Abbildung 2 ersichtlich, geben 90% der Österreicher*innen an, dass die Einkommensunterschiede in Österreich zu groß sind, 83 Prozent meinen, dass Personen mit hohem Einkommen mehr Steuern zahlen müssten. Ein ähnlich hoher Prozentsatz sieht es als Aufgabe des Staates, Einkommensunterschiede zu verringern und immerhin noch knapp 60 Prozent der Österreicher*innen nehmen auch Privatunternehmer*innen für die Aufgabe des sozialen Ausgleichs in die Pflicht. Überraschend ist, dass auch die transnationale Solidarität (Präferenz zum Ausgleich globaler Ungleichheiten) eher hoch ist. So sind 88% der Österreicher*innen überzeugt, dass die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen armen und reichen Ländern zu groß sind und immer noch knapp zwei Drittel sind der Meinung, dass es Menschen aus ärmeren Ländern erlaubt sein sollte, in Österreich zu arbeiten. Der Vorschlag, durch eine Erhöhung der Steuern in den reichen Ländern Menschen aus ärmeren Ländern zu unterstützen, findet jedoch nur wenig Zustimmung. Dieser Forderung würden nur etwas mehr als 40 Prozent der österreichischen Bevölkerung zustimmen. Eine zweite deutliche Diskrepanz zeigt sich generell zwischen dem Wunsch nach Veränderung und der gesellschaftlichen Wirklichkeit. So meinen knapp sieben von zehn Österreicher*innen, dass sich die Politik eigentlich nicht dafür interessiert, einen sozialen Ausgleich zwischen gesellschaftlichen Schichten zu schaffen. Zudem meinen knapp 60 Prozent der Befragten, dass politische Ansätze zur Verringerung von Einkommensunterschieden weiterhin erfolglos bleiben werden.

³ Erklärungen für diese Unterschiede gibt es mehrere: Abweichende Urteile könnten auf die unterschiedlichen Erhebungsmodi der beiden Umfragen zurückzuführen sein. Einerseits ermöglicht eine Online-Umfrage (ACPP) neutralere Urteile, während bei Telefoninterviews und persönlichen Befragungen (SSÖ) die Teilnehmer*innen auch sozial erwünscht antworten könnten. Dennoch ist die Stichprobenqualität im Sozialen Survey Österreichs als höherwertig einzuschätzen, wodurch die Daten aus dem Frühsommer einen guten Referenzwert bilden. Die Vergleiche über mehrere Stichproben im ACPP hinweg zeigen jedoch eindeutig, dass sich die Wahrnehmung gesellschaftlicher Spannung während der Pandemie eher gesteigert hat.

⁴ Siehe z.B. Grausgruber, A. (2019). Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in Österreich. In: J. Bacher et al. (Hrsg.) *Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, 457–481.

⁵ Siehe z.B. Pernicka, S. (2020). Kontinuität und Wandel der Sozialpartnerschaft in Österreich: Aktuelle Befunde, https://www.jku.at/fileadmin/gruppen/119/WOS/Dokumente_Mitarbeiter/Ausgewaehlte_Publicationen/WP_Kontinuitaet_und_Wandel_der_Sozialpartnerschaft.pdf, abgerufen am 18.12. 2021.

⁶ Vgl. hierzu den Wertezoom Beitrag von Aschauer, W. (2021) zur Sichtweise der europäischen Bevölkerung zu zentralen Herausforderungen der Gegenwart: <https://www.werteforschung.at/projekte/werte-zoom/werte-zoom-9-einheit-in-vielfalt-i/>, abgerufen am 18.12. 2021.

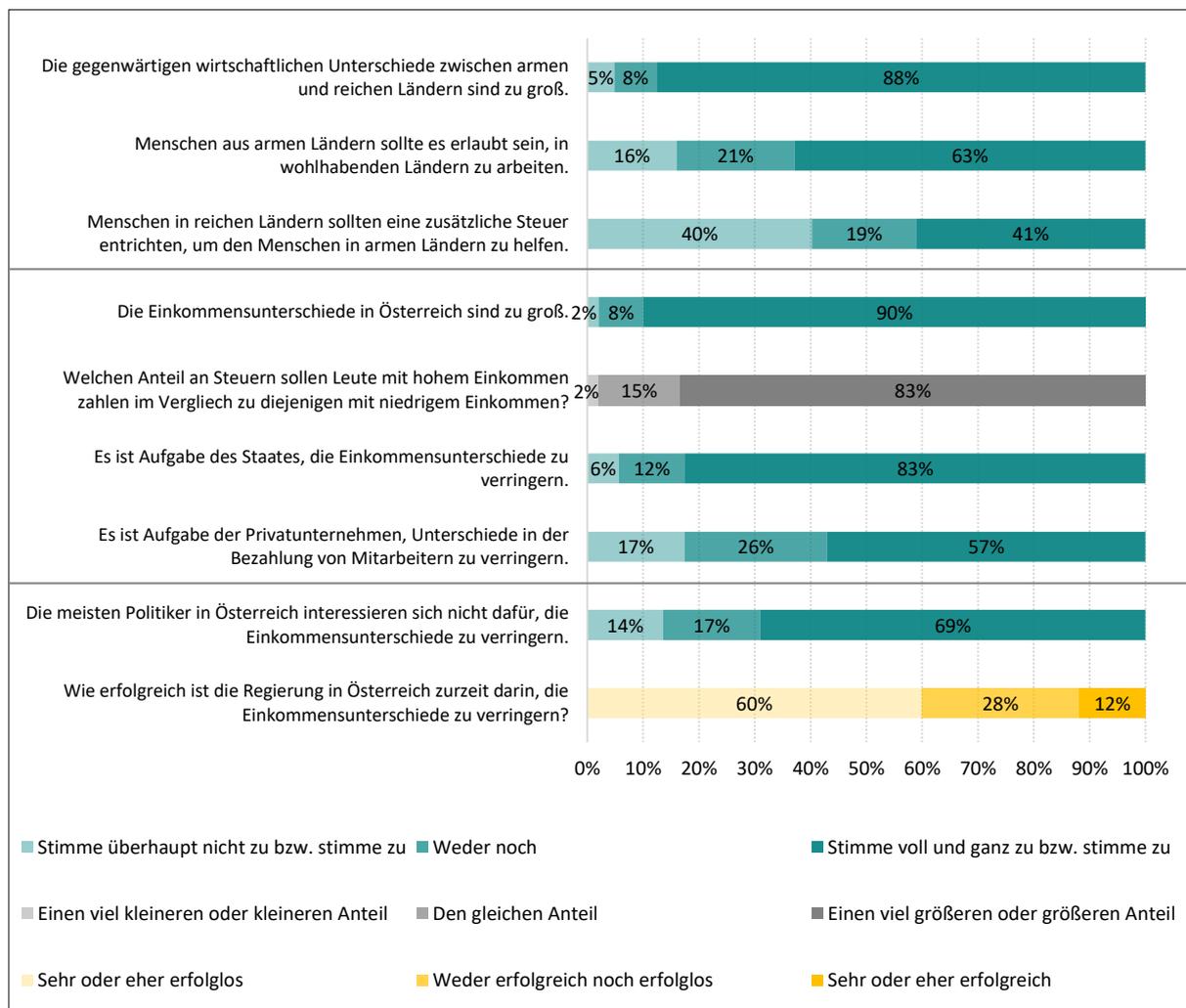


Abbildung 2: Transnationale Solidarität, Umverteilung in Österreich und die Rolle der Politik in Verteilungsfragen

Datenquelle: SSÖ 2021 (n>=2.014).

In weiterer Folge soll beurteilt werden, ob Forderungen nach Umverteilung nach Geschlecht, Alters- und Bildungskategorien, subjektiver Statureinschätzung, Parteipräferenz und der in Abbildung 1 diskutierten Wahrnehmungen von Konflikten⁷ unterschiedlich verlaufen. Dabei wird zwischen dem Ausgleich zwischen Schichten in Österreich (nationale Solidarität) und der Wahrnehmung von globalen Ungleichheiten (transnationale Solidarität) unterschieden.⁸

⁷ Hier wurden ungefähr vier gleich große Gruppen von Befragten erstellt, die sich in ihrer Konfliktwahrnehmung insgesamt (über alle Analyseebenen von Abbildung 1) unterscheiden.

⁸ Dabei wurden aus jeweils zwei Indikatoren zur transnationalen Solidarität (Menschen in reichen Ländern sollten eine zusätzliche Steuer entrichten, um den Menschen in armen Ländern zu helfen; Menschen aus armen Ländern sollte es erlaubt sein, in wohlhabenden Ländern zu arbeiten) und zu Umverteilungspräferenzen (Die Einkommensunterschiede in Österreich sind zu groß; Es ist Aufgabe des Staates, die Einkommensunterschiede zwischen den Leuten mit hohem Einkommen und solchen mit niedrigem Einkommen zu verringern) Indizes gebildet.

Die Ergebnisse zeigen, dass beide Arten von Solidarität prinzipiell überdurchschnittlich ausgeprägt sind und somit viele Österreicher*innen Solidarität als grundlegende Werthaltung befürworten. Es zeigt sich jedoch ein starker Effekt nach Bildung, wobei Bedürfnisse nach einem Ausgleich zwischen sozialen Schichten auf nationaler Ebene in niedrigen Bildungsschichten höher sind und insbesondere Maturant*innen nach unten abweichen. Zusätzlich zeigt sich: Je höher man sich auf der gesellschaftlichen Stufenleiter positioniert, desto weniger tritt man für eine Umverteilung zugunsten der Ärmeren ein. Während die Wählerschichten der FPÖ deutlich stärker eine (nationale) Umverteilung einfordern, wird diese Forderung im Milieu von NEOS, Grün-Wähler*innen und innerhalb der ÖVP weniger häufig kommuniziert. Die Präferenz für eine Umverteilung innerhalb Österreichs scheint relativ unabhängig vom Alter und vom Geschlecht zu sein. Weiters kann gesagt werden: Je schwächer die Konfliktwahrnehmung ausgeprägt ist, desto geringer ist tendenziell auch die Präferenz zur Umverteilung.

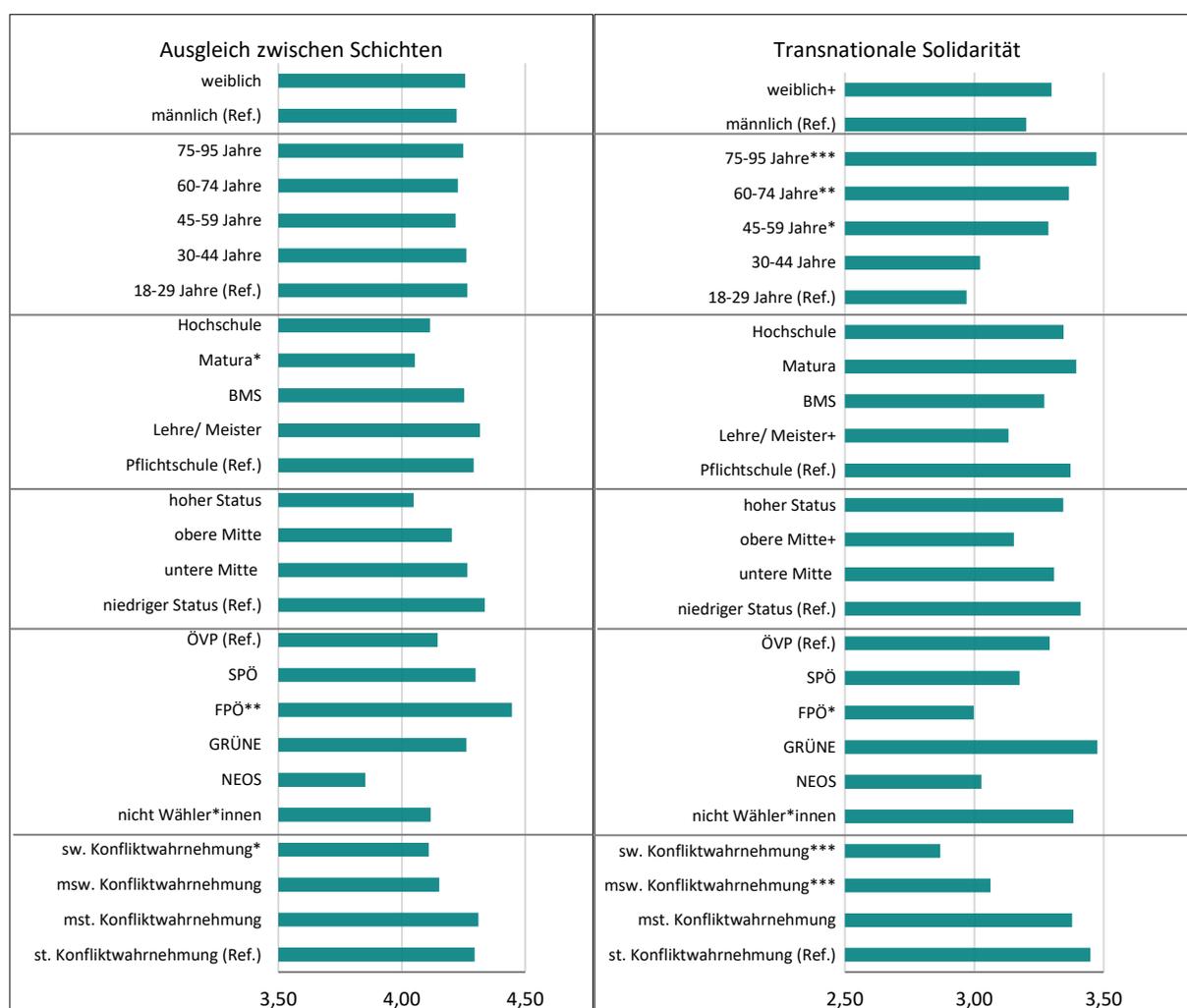


Abbildung 3: Unterschiede in der Präferenz für Umverteilung in Österreich und in der transnationalen Solidarität nach sozialen Gruppen

Anmerkungen: Signifikante Ergebnisse sind separat markiert + = p<0,10, * = p<0,05; ** = p<0,01 und *** p<0,001. Abkürzungen Konfliktwahrnehmung: sw=schwach, msw=mittelschwach, mst=mittelstark, st=stark.

Datenquelle: SSÖ 2021. Gewichtete Daten.

Die Dynamiken in Bezug auf globale Ungleichheiten verlaufen jedoch höchst unterschiedlich. Hier sind es tendenziell Frauen, die mehr Anteilnahme mit ärmeren Menschen äußern und es sind vor allem die Grün-Wähler*innen (aber auch teilweise ÖVP Wähler*innen), die transnationale Solidarität grundsätzlich befürworten. Beachtlich ist auch der Alterseffekt, denn es sind vor allem die älteren Menschen, die ein höheres Ausmaß an Solidarität mit Menschen aus ärmeren Ländern zeigen. Interessant ist hier, dass insbesondere bei jüngeren Personen die Grenze der Solidarität *häufiger* innerhalb des eigenen Nationalstaates gezogen wird und transnationale Dynamiken aktuell stärker aus dem Blick geraten. Auch innerhalb der jüngeren Generationen vollzieht sich deshalb eine Polarisierung zwischen jenen, die Treiber*innen gesellschaftlicher Veränderungen sein wollen und in zentralen Fragen globaler Ungleichheiten aktiv bleiben und jenen, die den Blick stärker auf das eigene gesellschaftliche Fortkommen richten und deren Solidarität auf den eigenen Nationalstaat beschränkt bleibt. Diese Tendenz, die sich in der jüngeren Generation stärker als in der älteren Generation manifestiert, lässt eine Renaissance einer stärkeren kosmopolitischen Orientierung nach Bewältigung der Covid-19 Pandemie eher unrealistisch erscheinen.

Zitationsvorschlag

Aschauer, W., Kreuzberger, M. (2021). *Gesellschaftliche Spaltung und Umverteilung. Wie steht es um die Solidarität der Österreicher*innen? Sozialer Survey 2021 – Datenreport 11*; Zenodo. DOI: 10.5281/zenodo.5979364

Informationen zu den Autoren



MMag. Dr. Wolfgang Aschauer

Wolfgang Aschauer ist seit 2016 Assoziierter Professor an der Abteilung Soziologie der Universität Salzburg. 2015 hat er sich mit der Monographie: *Das gesellschaftliche Unbehagen in der EU. Ursachen, Dimensionen, Folgen* habilitiert, das Buch ist 2017 im Springer-VS Verlag erschienen. Aktuell befasst sich Wolfgang Aschauer in einem breiteren soziologischen Zugang mit Herausforderungen der Sozialintegration in Zeiten der Individualisierung, mit gesellschaftlichem Zusammenhalt und interkultureller Verständigung und mit Solidaritätspotentialen in der westlichen Gesellschaft. Des Weiteren ist Wolfgang Aschauer auch seit Jahren im Bereich Methoden, Umfragen und quantitative Sozialforschung aktiv, er betreut aktuell federführend die Values in Crisis Studie für Österreich und ist bereits seit vielen Jahren im SSÖ-Konsortium aktiv.

Sie erreichen ihn für Rückfragen via wolfgang.aschauer@plus.ac.at oder telefonisch unter 0662-8044-4105.



Markus Kreuzberger

Markus Kreuzberger studiert Soziologie und ist seit März 2021 studentischer Mitarbeiter an der Paris Lodron Universität Salzburg im Bereich quantitativer Sozialforschung und Methoden. Neben der Mitwirkung in verschiedenen Forschungsprojekten, wie beispielsweise der internationalen Studie „Values in Crisis“ oder der tourismussoziologischen Feldforschung „Tourism in Transition“ ist er aktuell an der Durchführung der „Salzburger Autoritarismusstudie“ beteiligt.

Sie erreichen ihn für Rückfragen via markus.kreuzberger@plus.ac.at.